

CDU-Fraktion (Antrag Nr. 0235/2014)

Eingereicht am 30.01.2014 um 14:05 Uhr.

In die Ratsversammlung

Antrag der CDU-Fraktion zur grundsätzlichen Formulierung zu zusätzlichem Personalbedarf in Drucksachen des Rates der Landeshauptstadt Hannover

Antrag zu beschließen:

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover fordert die Stadtverwaltung auf, in alle Informations- und Beschlussdrucksachen analog der Berücksichtigung von Gender-Aspekten, einen Passus aufzunehmen, der bei neuen Projekten, Konzepten oder Veränderungen von Aufgaben schriftlich explizit ausführt, mit welchem Personalbedarf (umgeschichtetes, vorhandenes und/oder zusätzliches Personal) zu rechnen ist. Eine Stellungnahme des Personalrates ist beizufügen.

Begründung:

Seit geraumer Zeit lässt sich feststellen, dass im Zuge der Auflage und/oder Umorientierung von Projekten bzw. bei der Veränderung von Aufgaben, die Verwaltung in den entsprechenden Drucksachen formuliert, dass zusätzlicher Personalbedarf aus dem Bestand oder durch Umschichtungen zu decken sei. Realiter ist dies nicht so. Bestehende Arbeitsverhältnisse leiden an zunehmender Aufgabenfülle und Arbeitsverdichtung - oft auch mit negativen gesundheitlichen Folgen wie steigenden psychischen Belastungen für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deshalb ist es notwendig darzustellen, wie und mit welchem Personalbedarf die Aufgaben erledigt werden.

Jens Seidel
Vorsitzender

Hannover / 03.02.2014